

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

EXPERT
somfy
Der Sicherheitsrollladen für mehr Schutz
MAURER AG
8192 Glattfelden • 044 867 35 60
www.maurer-glattfelden.ch

VOLKSINITIATIVE «FÜR EINEN WETTBEWERBSFÄHIGEN KANTON ZÜRICH»

Halbierung der Vermögenssteuern im Kanton Zürich

**INITIATIVE
UNTERSCHREIBEN
SEITE 5**

Die heutige Vermögenssteuer im Kanton Zürich ist nicht mehr wettbewerbsfähig. Gute Steuerzahler verlassen den Kanton, neue Vermögende ziehen nicht in genügender Zahl zu. Der Kanton Zürich verliert dadurch Steuereinnahmen und ist als Wohnort für Vermögende nicht mehr konkurrenzfähig.



PROF. HANS GEIGER
PRÄSIDENT
SVP-KOMMISSION
FÜR FINANZEN UND
WIRTSCHAFT

Der Titel der Initiative «Für einen wettbewerbsfähigen Kanton Zürich» tönt vernünftig aber doch kaum sehr wichtig oder gar notwendig. Wer ist denn schon gegen einen wettbewerbsfähigen Kanton Zürich? Wohl weder die Linke noch die Rechte, weder die Reichen noch die Armen. So einfach ist die Sache aber nicht, und vor allem nicht so unwichtig. Es geht um die Halbierung der Vermögenssteuern für Privatpersonen und Familien. Die Volksinitiative «Für einen wettbewerbsfähigen Kanton Zürich» verlangt, dass die Vermögenssteuer im Kanton Zürich, die heute viel zu hoch ist, auf die Hälfte reduziert wird. Für die meisten Steuerpflichtigen ist die Vermögenssteuer im Vergleich zur Einkommenssteuer von eher untergeordneter Bedeutung, sie fällt betragsmässig nicht so sehr ins Gewicht. Auch für den Kanton und die Gemeinden ist der Anteil der Vermögenssteuern an den gesamten Steuereinnahmen gering.

Kanton und Gemeinden attraktiv machen

Trotzdem muss die Vermögenssteuer in der politischen Diskussion eine wichtige Rolle spielen. Und sie muss im Kanton Zürich massiv reduziert werden. Sie ist zwar für relativ wenige Steuerpflichtige wichtig, aber eben für die wichtigen Steuerpflichtigen, und für diese kann die Steuer sehr wichtig sein. In diesen Fällen können Vermögenssteuern in einer Höhe anfallen, die bei der Wahl des Kantons und der Gemeinde eine entscheidende Rolle spielen. Diese wenigen Fälle sind denn auch für den grossen Teil der Ver-

mögenssteuererträge verantwortlich. Schliesslich ist zu berücksichtigen, dass die Leute, die hohe Vermögen versteuern, oft auch hohe Einkommenssteuern bezahlen. Die Vermögenssteuer muss zwei Bedingungen erfüllen: Sie muss den Kanton und die Gemeinden im Steuerwettbewerb für gute Steuerzahler attraktiv machen, und sie muss für alle Steuerpflichtigen gerecht sein. Beides ist im Kanton Zürich und seinen Gemeinden nicht der Fall.

Verlust von Steuereinnahmen

Zuerst zum Steuerwettbewerb: Die Steuerpflicht beginnt im Kanton Zürich schon bei geringen Vermögen, die Progression bleibt aber zunächst flach und Zürich konkurrenzfähig mit den Nachbarkantonen. Ab einem Reinvermögen von 1 Million Franken verliert Zürich aber kontinuierlich an Boden. In allen Nachbarkantonen steigt die Durchschnittsbelastung nur noch moderat. Ab 10 Millionen Reinvermögen ist Zürich deutlich teurer als in den Nachbarkantonen. Im Kanton Schwyz beträgt beispielsweise die Vermögenssteuerbelastung für ein Vermögen oberhalb von 20 Millionen nicht einmal mehr ein Drittel wie im Kanton Zürich. Mit seiner heutigen, für grosse Vermögen viel zu hohen Vermögenssteuer ist der Kanton Zürich als Wohnort nicht mehr konkurrenzfähig. Gute Steuerzahler verlassen den Kanton, neue Vermögende ziehen nicht in genügender Zahl zu. Dies führt zu einem Verlust von Steuereinnahmen.

Vermögenssteuer ist ungerecht und asozial

Die Vermögenssteuer für Wohlhabende ist aber auch ungerecht und asozial. Die Steuerlast führt dazu, dass ein Steuerpflichtiger mit gut 10 Millionen steuerbarem Vermögen wegen der Steuerbelastung real nicht einmal sein

Kapital erhalten kann, also wirtschaftlich ärmer wird. Eine einfache Rechnung zeigt das: Ein Steuerpflichtiger legt sein Vermögen risikolos in fünfjährigen Bundesobligationen an. Im Durchschnitt der letzten 10 Jahre hat er daraus 2,43 Prozent Rendite erwirtschaftet. Darauf bezahlt er Einkommenssteuern von rund 40 Prozent. Die verbleibende Rendite beträgt noch 1,46 Prozent. Die jährliche Teuerung betrug während diesen 10 Jahren durchschnittlich 1,08 Prozent. So verbleibt noch eine reale Rendite von 0,38 Prozent. Die jährliche Vermögenssteuer

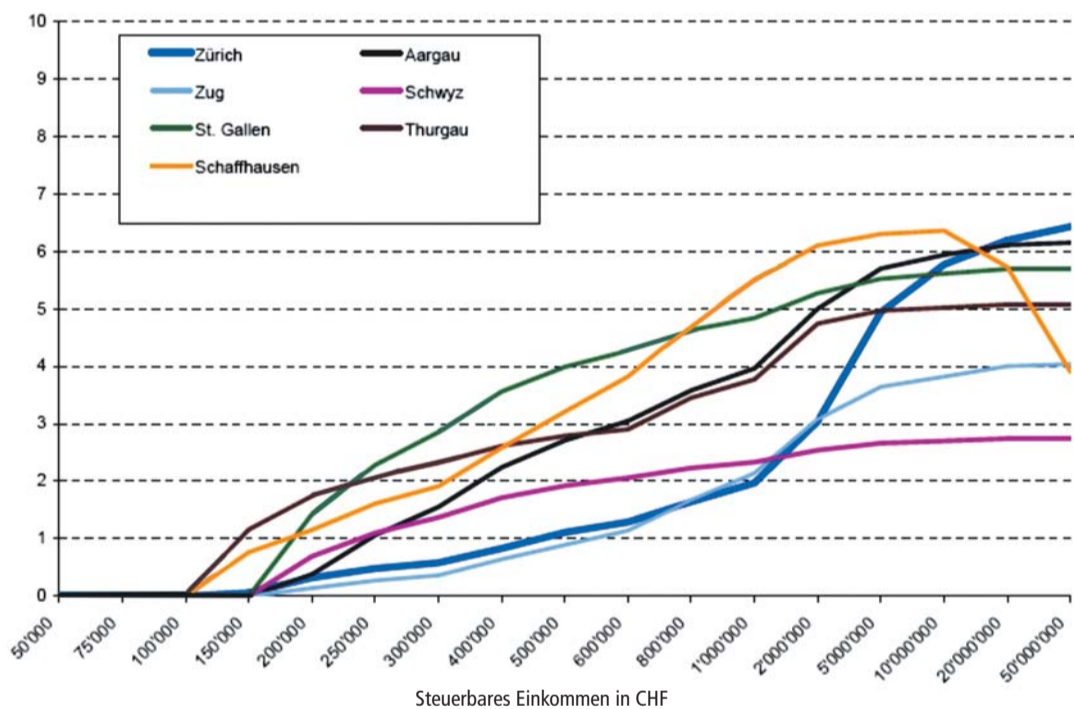
belastet dieses Ergebnis mit jährlich 0,6 Prozent. Der Steuerpflichtige verliert also jedes Jahr durchschnittlich 0,22 Prozent. Er müsste das Vermögen durchschnittlich auf 10 Jahre in Bundesobligationen anlegen, um nur gerade den realen Substanzwert zu erhalten. Natürlich kann der Steuerpflichtige das Vermögen auch in riskantere Anlagen investieren, beispielsweise in Aktien. Dann fährt er in guten Börsenzeiten besser, das zusätzliche Risiko muss er aber selber tragen. Für Unternehmer schliesslich, die ihr Kapital im eigenen Betrieb angelegt haben und

die den Ertrag in der Firma belassen und keine Dividenden beziehen, kann die hohe Vermögenssteuer zu einer persönlichen Liquiditätssituation führen, welche sie praktisch zwingt, den Wohnort in einen Nachbarkanton zu verlegen.

Die heutige Vermögenssteuer im Kanton Zürich ist nicht mehr wettbewerbsfähig, sie vertreibt die guten Steuerzahler und hält neue fern; zudem ist sie ungerecht und asozial. Unterschreiben Sie noch heute die Volksinitiative «Für einen wettbewerbsfähigen Kanton Zürich».

Vermögensbelastung 2006

Belastung des reinvermögens durch Kantons-, Gemeinde- und Kirchensteuern, Verheiratete ohne Kinder, Index über Gemeinden, in Promillen



Quelle: Prof. Hans Geiger

Aus ALT mach NEU!



Werfen Sie Ihre alte Polstergruppe nicht weg: Wir überziehen sie neu in Stoff und Leder.

Ein neuer Bezug lohnt sich fast immer!

Kostenlose Heimberatung
Rufen Sie uns an

29 Jahre Erfahrung
wideg ag

Industriestrasse 25, 8625 Gossau
Tel. 044 935 25 46, info@wideg.ch
www.wideg.ch

Restaurant



Gutbürgerliche Küche zu fairen Preisen

Fam. Elsa und Werner Wiederkehr-Nydegger

- **Täglich 4 Menus**
- **Hervorragende Weine**
- **Aktuell: Salatbuffet Take away**

Öffnungszeiten:
Mo – Fr 07.00–23.00 Uhr
Sa 09.30–24.00 Uhr
So 10.00–18.00 Uhr

Schaffhauserstrasse 306, 8050 Zürich-Oerlikon
(Tramhaltestelle Berninaplatz)
Tel. 044 310 68 68 www.restaurant-flair.ch

Schreinerei Hanspeter Rüttschi



Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräte austausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessenanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

Ihr Immobilien Makler + Verwalter

Wir vermitteln seit Jahren erfolgreich:

- Einfamilienhäuser**
- Eigentumswohnungen**
- Bauland**

Gerne übernehmen wir auch Ihre **Verwaltung**

Rufen Sie uns an wir erteilen gerne weitere Auskünfte:

- Uster** 044 997 24 70
- Buchs** 079 403 62 70
- Dietikon** 044 744 25 50
- Wettingen** 056 426 02 64
- Wohlen** 056 470 13 54
- Aarau** 062 726 01 40

BENTO IMMOBILIEN AG

Immobilien & Verwaltungen
Projektentwicklungen
www.bento.ch

FINANZEN STEUERN

Wir analysieren, entlasten, überwachen, unterstützen, aktualisieren, optimieren, überprüfen und beraten Sie in allen Steuer- und Buchhaltungsangelegenheiten professionell, individuell und aus einer Hand.

- Unsere Spezialitäten
- Steuererklärungen
 - Testamente/Erbteilungen
 - Firmengründung
 - Buchhaltung

AAA
HUBER TREUHAND
AAA – Huber Treuhand GmbH
Balz-Zimmermannstrasse 7
CH-8058 Zürich-Flughafen
Telefon 044 810 30 50
info@tax4u.ch
www.tax4u.ch

Der Erstkontakt mit uns ist immer gratis.

Mitglied der SVP Römbling

Schönwetter- Verwaltungsrat Villiger



VON CHRISTOPH
MÖRGELI

Am ersten April 2008 meldete sich Kaspar Villiger ganz ernsthaft zu Wort. In einem grossen Grundsatzartikel kritisierte der frühere FDP-Bundesrat jene «Schönwetter-Liberalen», die jetzt vorzeitig nach der helfenden Hand des Staates riefen. Ein paar Monate später kann man vor allem eines festhalten: Wenn Kaspar Villiger heute einen Grundsatzartikel über «Schönwetter-Verwaltungsräte» schreiben müsste, er könnte seine Autobiografie veröffentlichen.

Seit 2004 sitzt der ehemalige Finanzminister im Verwaltungsrat des Schweizer Rückversicherers Swiss Re. Fünf Jahre sind in diesem Business eine lange Zeit. In einem solchen Zeitraum werden strategische Ausrichtungen festgelegt und wichtige Personalentscheide getroffen. In fünf Jahren tut sich auch an der Klimafront einiges: Inzwischen herrscht ein Sturm tief und Schönwetter-Verwaltungsrat Kaspar Villiger steht im Regen. Und in der Verantwortung.

«Der grösste Risikofaktor ist der Mensch», schrieb Villiger 2008. Seine Gier und seine Masslosigkeit. Wie weise. Warum aber holte der Swiss Re-Verwaltungsrat 2006 Jacques Aigrain ins Unternehmen? Exakt um diese Gier und Masslosigkeit zu bedienen. Der grundsätzliche Rückversicherer wilderte fortan im Bankgeschäft mit Hoch-Risiko-Anlagen.

«Vielleicht müsste man auch bei der Krisenvorsorge ... die konservativen Methoden wieder stärker gewichten: Dicke Eigenkapitalpolster als Airbags und eine vernünftig begrenzte Verschuldungsquote.» Wie klug. Warum aber sackte der Swiss Re-Aktienkurs innerhalb eines Jahres um achtzig Prozent ab? Weshalb schreibt der Konzern 2008 Milliardenverluste? Und wie erklärt sich Villiger die Verringerung des Eigenkapitals von 32 auf 20 Milliarden?

Um Vertrauen bei Investoren und Kunden zu gewinnen, sei die «Integrität» von grösster Bedeutung, so Villiger weiter. Wie richtig. Warum aber verkündete der Swiss Re-Verwaltungsrat noch im November, das Anlageportefeuille sei von «hoher Qualität»? Wie kommt CEO Jacques Aigrain dazu, noch im Januar zu behaupten, die Bilanz sei stark und die Kapitalanlage bestens diversifiziert? Gerade mal drei Wochen später stürzte die Swiss Re ins Bodenlose.

«Die Chefs prägen mit ihrem Vorbild die Kultur eines Unternehmens massgeblich», schliesst Villiger. Wie einsichtig. Nur: Wo bleibt sein vorbildlicher Rücktritt?

POSITIONSPAPIER DER SVP SCHWEIZ: DAS ZIEL HEISST «KRIEGSGENÜGEN»

Gescheitertes Ausbildungskonzept der Armee XXI

Die SVP präsentierte anlässlich einer Medienkonferenz in Bern in einem neuen Positionspapier ihre Forderungen zur Ausbildung der Armee. Das im Rahmen der Armeereform XXI eingeführte Ausbildungskonzept ist gescheitert. Insbesondere die Trennung von Ausbildungs- und Einsatzverantwortung führte dazu, dass die Einsatzbereitschaft der Armee heute nicht mehr gegeben ist und dass sich der Ausbildungsstand der Truppe rasch und markant verschlechtert.



HANS RUTSCHMANN
NATIONALRAT SVP
RAFZ

Im Rahmen der Armeereform XXI wurde unter anderem auch das damalige, erfolgreiche Ausbildungskonzept völlig auf den Kopf gestellt. Man sprach von einer notwendigen «Professionalisierung» der Ausbildung. Im Blick auf dieses Ziel wurde die bewährte Milizausbildung in der Schweizer Armee diffamiert und als System «Lehrlinge bilden Lehrlinge aus» belächelt. Man verzichtete auf ein erfolgreiches Ausbildungskonzept, welches bis dahin jedem ausländischen Besucher als einzigartiges Erfolgsmodell präsentiert wurde. Das abverdiente Kader – Unteroffiziere, Zugführer und Kompaniekommandanten – wurden früher in den Rekrutenschulen als Ausbilder eingesetzt und konnten gleichzeitig wertvolle Führungserfahrungen sammeln. Dies entsprach zudem Artikel 48 des Militärgesetzes, welcher besagt:

«Die Truppenkommandanten sind für die Ausbildung und den Einsatz der ihnen unterstellten Truppen verantwortlich.»

Das Ausbildungskonzept der Armee XXI widerspricht dieser gesetzlichen Vorgabe, indem heute in den Rekrutenschulen Berufsoffiziere, Berufsunteroffiziere und Zeitmilitärs die Ausbildung übernehmen. Die Trennung von Einsatzverantwortung und Ausbildungsverantwortung ist jedoch gesetzwidrig. Dazu kommt, dass dieses neue Konzept auch nie funktionieren konnte, weil das dazu notwendige Lehrpersonal gar nicht in genügender Zahl vorhanden war. Das heutige Aus-

bildungskonzept wirkt sich auch negativ in den Wiederholungskursen aus. Die Milizkader bilden in den Rekrutenschulen nicht mehr aus, müssen jedoch völlig unvorbereitet in den Wiederholungskursen die Mannschaften ausbilden.

Ausbildungskonzept der Armee XXI gescheitert

Seit dieser grundlegenden, milizfeindlichen Weichenstellung hat sich der Ausbildungsstand der Truppe stark verändert bzw. verschlechtert. Durch die Verlängerung der Rekrutenschulen sind die Rekruten zwar partiell besser ausgebildet. Umgekehrt wird auf gewisse Ausbildungsbereiche ganz verzichtet und auf später oder den Aufwuchs verwiesen. Dazu kommt, dass sich der Ausbildungsstand der Truppe nach der Rekrutenschule nochmals verschlechtert. Das hat mehrere Gründe. Beispielsweise die subsidiären Einsätze wie Botschaftsbewachungen, Einsatz bei Sportveranstaltungen oder der hilflose Umgang mit Dispensationsgesuchen. Damit wird der Dienstbetrieb in den Wiederholungskursen für das Kader zum Frust. Das Milizkader wendet sich von der Armee ab.

Kriegsgenügen im Zentrum

Die militärische Ausbildung hat grundsätzlich nur einem Ziel zu dienen: Sie hat das Kriegsgenügen sicherzustellen. Eine Armee ist entweder kriegsgenügend – oder sie ist keine ernstzunehmende Armee. Mit dem Ausbildungskonzept XXI ist diese Vorgabe nicht erfüllt. Selbst der Armeechef musste die Armee Ende 2007 als nicht ernstfalltauglich beurteilen. Vom Begriff der «einsatzorientierten Ausbildungsarmee» ist deshalb

Abschied zu nehmen. Wenn Truppenteilen auch das Pistenstampfen an Skirennen, die Betreuung von Betrunknen oder die Bewachung von Strommasten an der EURO 08 als «Einsätze» zugemutet werden, sinken sowohl Moral wie Ausbildungsstand rasch. Mit Kriegsgenügen hat dieser Missbrauch der Soldaten als billige Hilfskräfte nichts zu tun. Kriegsgenügen heisst: Die Kampftruppe hat ihren Kampfauftrag zu erfüllen. Territorial-Einheiten müssen in Katastrophen bestehen können. Die Aufträge müssen im Zentrum jeder Ausbildung stehen.

Ausbildungsverantwortung – Einsatzverantwortung

Verheerend für die Ausbildung hat sich die gesetzwidrige Trennung von Führung und Ausbildung erwiesen. Nur der Kommandant, der mit seinem Kader persönlich für die Ausbildung der ihm anvertrauten Truppen verantwortlich ist, weiss, was er seiner Truppe im Ernstfall zumuten kann. Die Trennung der Ausbildungs- von der Einsatzverantwortung mag für Berufsarmeen eine gangbare Lösung sein. Für unsere Milizarmee ist dieses Modell untauglich. Die SVP fordert deshalb, dass dieses Ausbildungskonzept rückgängig gemacht wird und die Verantwortung für die regional zu verankernden WK-Verbände den Kommandanten der einzelnen Territorial-Regionen zu unterstellen.

Zurück zum Abverdienen

Der Verzicht auf das Abverdienen hat schwerwiegende negative Konsequenzen auf den Ausbildungsstand der gesamten Armee. Führungserfahrung kann durch nichts ersetzt werden. Nach heutiger Ordnung stossen Zugführer und Kompaniekommandant erst

in einer späten Phase, ohne jede praktische Führungserfahrung, zu ihrer Einheit. Dadurch erweisen sich insbesondere die Zugführer vielfach ihrer Aufgabe nicht gewachsen. Die alte Forderung, wonach der Ausbilder selbst am besten ausgebildet sein muss, muss wieder ernstgenommen werden. Das Prinzip «Führung durch Fachkompetenz» muss wieder vollumfängliche Gültigkeit erhalten. Im Klartext: Zurück zum Abverdienen.

Miliztaugliche Ausbildung

Offiziersausbildung heisst Führungsausbildung. Führungserfahrung wird in der Praxis erworben, im Kommando über die Mannschaft. Heute setzt die Armee aber weitgehend auf Theorie und Ausbildungszertifikate anstatt auf Führungserfahrung. «Schnellbleiche» von Offizieren auf Kosten der Führungsausbildung schadet aber jeder Armee. Die Zertifikats-Gläubigkeit ist in der Privatwirtschaft übrigens längst Vergangenheit. Praxistauglichkeit ist wichtiger als wohlklingende Zertifikate. Mit dem Einsatz von Berufsmilitär in der Ausbildung verkommt das Milizkader zunehmend zur Staffage. Das hat negative Auswirkungen auf die Miliz, die der Armee als Folge dieses fatalen Konzepts in dramatischem Ausmass den Rücken kehrt. Das «Zurück zu miliztauglicher Ausbildung», in welcher der für die Ausbildung seiner Mannschaft verantwortlicher Milizkommandant auch ihr Einsatzkommandant ist, ist deshalb unverzüglich einzuleiten. Das Milizkader ist wieder zur Führungsfähigkeit auszubilden. Die Abtrennung der Ausbildungsverantwortung von der Einsatzverantwortung bildet den schwerwiegendsten Mangel im gegenwärtigen Ausbildungskonzept der Schweizer Armee. Dies ist im Interesse einer kriegsgenügenden Ausbildung raschmöglichst zu korrigieren.

Das Positionspapier: Das Ziel heisst «Kriegsgenügen» kann von der Homepage der SVP Schweiz unter www.svp.ch heruntergeladen werden.

NICHT GERECHTFERTIGTER GLAUBE AN DEN STAAT

Wer entscheidet, soll auch haften

Dass staatliche Kontrolle bessere Resultate liefert als die Korrektive des freien Marktes, lässt sich nicht belegen. Im Gegenteil: In der Schweiz wie auch im Ausland versagt der Staatsapparat am Laufmeter. Doch warum soll jemand seiner Kontroll- und Aufsichtspflicht verlässlich nachkommen, wenn er keinerlei Konsequenzen zu befürchten hat?



CLAUDIO ZANETTI
KANTONS RAT SVP
ZOLLIKON

Georg Soros redet einer stärkeren Regulierung und Kontrolle der globalen Finanzmärkte das Wort. Das erstaunt. Immerhin drängte er als Devisenspekulant das europäische Währungssystem im September 1992 an den Rand des Zusammenbruchs und verdiente so in einer Nacht über eine Milliarde Dollar. Wahrlich ein Menschenfreund!

Auch Bundesrat Leuenberger fordert, nachdem sich seine Begeisterung über den angeblichen Bankrott des Kapitalismus gelegt hat, stärkere Regulierung und staatliche Kontrollen. Das erstaunt nicht. Als in der Welle gefärbter Sozialist will er den Nanny-Staat, der in sämtliche Lebensbereiche der Menschen vordringt und Regeln aufstellt, deren Beachtung von einer immer grösser werdenden Verwaltung zu kontrollieren ist. Was nicht in sein Weltbild passt, soll gesetzlich «korrigiert» werden.

Dabei werden für den öffentlichen und den verbliebenen privaten Sektor höchst unterschiedliche Massstäbe verwendet: Für seine Verhältnisse geradezu leidenschaftlich geisselt Leuenberger die «Bonus-Mentalität» und die Bezüge einiger so genannter Spitzenmanager.

Dass hingegen ein Verwaltungsratspräsident des Staatsbetriebs SBB für eine Halbtagsanstellung praktisch ein Bundesratsalar einstreicht, stört ihn nicht im Geringsten, schliesslich wird der Posten von einem Parteikollegen gehalten.

Leuenberger ist Inbegriff des Versagens staatlicher Aufsicht

Dass staatliche Aufsicht bessere Resultate liefert als die Korrektive des freien Marktes, lässt sich nicht belegen. Das weiss Moritz Leuenberger genau – aus eigener Erfahrung. Wegen Schlendrians in Bereichen, für die Genosse Leuenberger verantwortlich zeichnet, waren sogar wiederholt Tote zu beklagen. Nicht ganz so schwerwiegende Folgen hatten die Versäumnisse des ihm unterstellten Bundesamts für Zivilluftfahrt. Dieses hätte nämlich die Aufgabe gehabt, die Liquidität der Swissair zu überprüfen. Also genau das, was Leuenberger nun mit Blick auf die Finanzmärkte fordert, hätte er im konkreten Fall tun müssen. Er tat es nicht. Der Rest ist Geschichte.

Nicht nur in der Schweiz, auch im Ausland versagt der Staatsapparat am Laufmeter. Was beispielsweise die hochgepriesene Börsenaufsicht SEC in Fällen wie «Enron» oder «Maddof» geboten hat, spottet jeder Beschreibung. Selbst konkreteste Hinweise und Berichte über Missstände wurden in den Wind geschlagen. Ihre Zähne zeigt die SEC hingegen gegenüber der UBS – weil es politisch opportun ist. Damit sind wir beim Kern des Problems angelangt: Warum soll jemand seiner Kontroll- und Aufsichtspflicht gewissenhaft nachkommen, wenn er keinerlei Konsequenzen zu gewärtigen hat?

Es gibt nur ein Mittel, Menschen zu verantwortungsvollem Handeln zu zwingen: Sie müssen die Folgen ihres Tuns am eigenen Leib bzw. im eigenen Portemonnaie spüren. Dies führt automatisch zu einer realistischen Risikobeurteilung und erfüllt den Begriff «Verantwortung» wieder mit Sinn.

SVP DISKUTIERT DIE VERSCHEDENEN FORDERUNGEN

Bewältigung der Bankenkrise

An der Pressekonferenz der SVP vom vergangenen Montag haben unter der Leitung von Parteipräsident Toni Brunner sowohl Vizepräsident Christoph Blocher als auch Nationalrat Hans Kaufmann eine grundsätzliche Analyse zur Bankenkrise vertieft und mit Forderungen zur Minimierung des volkswirtschaftlichen Risikos der Grossbanken verknüpft. Sowohl der Bundesrat wie auch die Aufsichtsorgane sind jetzt gefordert Verantwortung zu übernehmen. Die SVP-Parteileitung zeigte transparent auf, dass sie angesichts der grossen Bedeutung des Finanzplatzes Schweiz in eine vertiefte Diskussion mit ihren Gremien eintritt. Präsentiert wurden Forderungen, über die die Parteigremien zu entscheiden haben. Im Zentrum steht die Frage: Was ist eigentlich Marktwirtschaft?

ZB. Das volkswirtschaftliche Risiko der beiden Grossbanken UBS und CS ist für unser Land enorm. Deshalb gilt es, die Unternehmungsstrukturen dieser Banken per Gesetz anzupassen. Mit dem Rettungspaket für die UBS hat der Bund faktisch eine Staatsgarantie für die Grossbanken übernommen – ähnlich der Staatsgarantie der Kantone für ihre Kantonalbanken. Für die Parteileitung ist deshalb klar, dass damit auch ein Aufsichts- und Kontrollrecht durch den Staat unumgänglich wird. Sie fordert für das oberste Management der beiden Grossbanken eine Lohnstruktur analog eines Regiebetriebes des Bundes. Nicht zuletzt der drohende Untergang der Firma im Nichterfolgsfall ist eine Triebfeder guter unternehmerischer Tätigkeit. Da die Grossbanken nicht mehr fallen gelassen werden können, fehlt dieser Aspekt der freien Marktwirtschaft.

So musste der Staat im Fall der UBS ein Rettungspaket beschliessen, in dem 40 Milliarden «faule» Wertpapiere ausgelagert und eine 6-Milliarden-Pflichtwandelanleihe gezeichnet wurden, die er in 30 Monaten wandeln muss.

Dies lässt den Bund zum Grossaktionär (zirka 10 Prozent) der UBS werden. Für diesen Fall fordert die Parteileitung für die Dauer des Aktienbesitzes des Bundes einen Sitz eines Bundesvertreters im Verwaltungsrat der UBS.

Diskussionen in verschiedenen Gremien

Nach Ansicht von Finanzexperte Hans Kaufmann hat der Staat sich so schnell wie möglich wieder aus der UBS zurückzuziehen. Eine Dauerbeteiligung ist zu vermeiden. Die geforderte Aufteilung der Unternehmungen in rechtlich unabhängige Unternehmungen im In- und Ausland sind für Kaufmann in dieser Form nicht möglich. Die Systemrisiken könnten nicht mit einem juristischen Konstrukt aus der Welt geschafft werden. Systemrisiken könnten vorab reduziert werden, indem die Geschäftsvolumina und die Risiken abgebaut werden. Er fordert, dass die in den letzten Jahren aufgebauten Handelsbücher massiv reduziert und einzelne Geschäftszweige komplett aufgegeben, d.h. verkauft oder liquidiert werden. Weiter insistiert Kaufmann, dass der Staat via FINMA bereits die Kompetenz habe in die Salärpolitik von Banken einzugreifen. Er ist der Überzeugung, dass es wegen der Haftungsfrage nicht Aufgabe des Bundes sein kann, im Verwaltungsrat der UBS einzusetzen.

Die verschiedenen Gremien innerhalb der Partei werden sich nun in den nächsten Tagen und Wochen mit den Forderungen der SVP-Parteileitung zu befassen haben. Der Meinungsbildungsprozess wird damit vertieft, was schlussendlich zu klaren Beschlüssen führen soll.

Landesrecht stärken zur Wiederherstellung der Souveränität

Die Schweiz gibt ihre Souveränität in der Gesetzgebung Stück für Stück aus der Hand und lässt sich über internationale Verträge fremdes Recht aufzwingen. Zur Wiederherstellung der schweizerischen Souveränität fordert die SVP deshalb eine klare Definition des zu berücksichtigenden «zwingenden» Völkerrechts und den grundsätzlichen Vorrang von demokratisch legitimiertem Landesrecht.

Die SVP und die Völkerrechtsfrage



CHRISTOPH BLOCHER
VIZEPRÄSIDENT
SVP SCHWEIZ

Das Völkerrecht war auch für die SVP lange Zeit kein Problem. Kein Problem war insbesondere:

- Völkerrecht, das auf kündbaren Verträgen zwischen Staaten beruht, (z.B. Doppelbesteuerungsabkommen, Verkehrsabkommen und dergleichen mehr) und die auf verfassungsmässigem Wege erlassen wurden.
- Völkerrecht das zwingend ist (Verbot des Angriffskrieges, Verbot der Folter, Verbot des Völkermordes, Verbot der Sklaverei). Das zwingende Völkerrecht ist so fundamental und stimmt mit unserer Rechtsauffassung so stark überein, dass es auch für die SVP, die an einer souveränen Schweiz festhält, unproblematisch ist, den Vorrang desselben zu erkennen.

Exzessives Völkerrecht

Mit der Aufweichung der schweizeri-

schen, staatlichen Souveränität in Mitte-links-Parteien, wird der Begriff Völkerrecht massiv ausgeweitet. Vor allem geschieht dies angeblich wissenschaftlich durch eine Elite, die sich nicht dem Volkswillen unterwirft.

Der Begriff Völkerrecht ist schwammig geworden! Eine Vielzahl von internationalen Experten, hochkarätigen Juristen, angesehenen Professoren, Kongressen, internationale Foren, internationale Organisationen, Regierungskonferenzen und anderen, erlassen eine Vielzahl von Regelungen, die dann ebenfalls als «Völkerrecht» bezeichnet werden. Dieses wird stillschweigend durch Verwaltung und Judikatur über das Schweizer Recht gestellt.

Unbestreitbar sind alles ehrenvolle Leute. Nur eines sind sie sicher nicht: Der von der Verfassung vorgesehene Gesetzgeber, der in der Schweiz das Parlament und die Stimmbürger sind.

Insbesondere die Volksrechte werden leichtfertig durch übergeordnetes Recht – eben sogenanntes «Völkerrecht» – ersetzt, was einer Ausschaltung des von der Verfassung vorgesehenen Gesetzgebers gleichkommt.

Völkerrecht in der Praxis



M. BRANDENBERG
ZUG

1. Problemstellung

Die Schweiz ist ein souveräner und unabhängiger Staat. Souverän bedeutet, dass die Kompetenzhoheit, das heisst die Festlegung dessen, wer in welchem Verfahren für die Regelung sämtlicher Lebensbereiche zuständig ist, bei den dafür vorgesehenen Organen (Volk, Parlament, Bundesrat) der Schweiz liegt. So wollte es unsere Verfassung von 1874, so will es auch die neue Bundesverfassung von 1999. In der Praxis führt jedoch die Häufung von Staatsverträgen, welche die Schweiz zum Erlass von Gesetzen, deren Inhalt im Staatsvertrag schon detailliert geregelt ist, dazu, dass vermehrt das Völkerrecht festlegt, was in unseren Bundesgesetzen stehen muss. Die Kompetenzhoheit der Schweiz wird zur leeren Hülle.

2. Praktische Beispiele, wie Völkerrecht das Landesrecht verdrängt

Im Folgenden sollen praktische Beispiele, welche die Verlagerung der Gesetzgebung vom Landesrecht zum Völkerrecht aufzeigen, aufgeführt werden.

Scheinabstimmungen unter dem Damoklesschwert von Kündigungsdrohungen

Das Schengen-Abkommen mit der EU zwingt die Schweiz, einseitig von der EU erlassene Vorschriften in ihre Gesetzgebung aufzunehmen. Verweigert die Schweiz die Übernahme einer neuen EU-Vorschrift, etwa weil das Volk in einer Referendumsabstimmung Nein dazu sagt, wird das Schengen-Abkommen als beendet angesehen (Art. 7 Ziff. 4 Buchstabe a des Abkommens). Der Bundesrat kann somit vor jeder Referendumsabstimmung drohen, die EU werde den Vertrag

kündigen, wenn das Volk nicht zustimmt.

Ausschaffungshaft

Das Schweizer Volk hat im Jahre 2006 mit 68 Prozent der Stimmen beschlossen, die Ausschaffungshaft für Personen, die die Schweiz verlassen müssen, auf maximal 24 Monate zu erhöhen. Die EU hat der Schweiz unlängst mitgeteilt, sie müsse die Maximaldauer auf 18 Monate reduzieren. Tut sie es nicht, wird das Schengen-Abkommen als beendet angesehen.

Stellvertreterehen

Die Asylrekurskommission hat in einem Urteil vom 7. März 2006 die Gültigkeit einer in Ägypten, ohne Anwesenheit der Brautleute, durch Stellvertreter geschlossenen Ehe anerkannt. Dies, obwohl die persönliche Anwesenheit der Eheleute bei der Trauung nach schweizerischer Überzeugung unverzichtbar ist und das Gegenteil unserer öffentlichen Ordnung («Ordre public») widerspricht. Die Aufhebung des schweizerischen Ordre public erfolgt oft aufgrund der Übernahme völkerrechtlicher Bestimmungen, etwa aus der EMRK.

Alpenquerender Transitverkehr

Volk und Stände haben mit der Annahme der Alpeninitiative beschlossen, dass der alpenquerende Gütertransitverkehr auf der Schiene erfolgen muss. Im später abgeschlossenen Landverkehrsabkommen mit der EU («Bilaterale I») sichert die Schweiz der EU die freie Wahl des Verkehrsmittels zu, auch im alpenquerenden Gütertransitverkehr. Dies entgegen dem Willen des schweizerischen Verfassungsgebers, von Volk und Ständen.

3. Fazit

Anhand der genannten Beispiele zeigt sich, wie das Völkerrecht immer mehr den schweizerischen Gesetz- und Verfassungsgeber ausschaltet. Diese Entwicklung muss und kann korrigiert werden.

Das Völkerrecht darf das Landesrecht nicht überwuchern

ROBERT NEF
PRÄSIDENT
LIBERALES INSTITUT

Zusammenfassung des staatspolitischen Gutachtens.

Neun Feststellungen zur heutigen Lage und Wahrnehmung des Völkerrechts:

1. Der hohe Stellenwert des humanitären Völkerrechts für die Schweiz und die bedeutenden Beiträge unseres Landes zu seiner Weiterentwicklung sind unbestritten.

2. Das Völkerrecht hat sich im letzten Jahrhundert in der Schweiz als eigenständige juristische Disziplin formiert und spezialisiert. Dadurch besteht und wächst die Gefahr eines unter Insidern (an Universitäten, in der Bundesverwaltung und bei den Funktionären internationaler Organisationen) gepflegten Selbstverständnisses, das zur Dogmatisierung und zur Verabsolutierung neigt.

3. Kritische Beobachter haben die Aufgabe, beharrlich auf die politischen Komponenten des ganzen Fragenkomplexes hinzuweisen und auf die Tatsache, dass die Strapazierung an sich richtiger Prinzipien auch zu deren Diskreditierung bei einer breiteren Öffentlichkeit führen kann.

4. Das Völkerrecht befindet sich an einer Schnittstelle zwischen reiner Machtpolitik, der Politik und dem Recht internationaler Organisationen, zahlreicher überlappender völkerrechtlicher Verträge und der Rechtsprechung internationaler Gerichtshöfe.

5. Wir stehen heute an einem Punkt, an dem eine unbegrenzte und nicht mehr kontrollierbare Übertragung von Kompetenzen an wenig legitimer internationaler Organisationen zu Lasten der demokratisch verankerten Landesgesetzgebung geht.

6. Die friedensstiftenden und den Welthandel begünstigenden Auswirkungen des Völkerrechts werden durch seine unbeschränkte und z.T. demokratisch unkontrollierte Ausdehnung auf Kosten der nationalstaatlichen Gesetzgebung tendenziell mehr geschwächt als gestärkt.

7. Die von Wissenschaftern, Diplomaten und internationalen Gerichten entwickelten internationalen Normen können nur wirksam umgesetzt werden, wenn sie sich auf das Grundsätzliche beschränken und im nationalen Recht ihren Rückhalt haben.

8. Es geht heute nicht um einen emotional geführten Angriff auf das Völkerrecht als Ganzes, sondern um einen Aufruf zur Besinnung auf den harten unantastbaren Kern sowie um die Infragestellung einer politisch unkontrollierten Aushöhlung der nationalen Souveränität und der Ausserkraftsetzung des Subsidiaritätsprinzips und der bewährten und im Volk tief verankerten Neutralitätsmaxime.

9. Der vorbehaltlose Vorrang des Völkerrechts vor dem Landesrecht darf

und soll in Frage gestellt werden. Hier ist auf politischem Weg ein neues ausgewogenes Verhältnis zu finden, das dem schleichenden Verlust nationaler Souveränität verlässliche Grenzen setzt.

Das Gutachten macht auf die folgenden sechs Problemkreise aufmerksam:

1. *«Insgesamt läuft die Entwicklung des modernen Völkerrechts heute in Richtung vermehrter Zwangsdurchsetzung von oben.»* (Walter Kälin)

Das Subsidiaritätsprinzip ist innerstaatlich und interstaatlich institutionell schlecht verankert und die politischen Kräfte, die sich gegen alle Tendenzen zur Zentralisierung, zur Internationalisierung und zum Souveränitätsverlust der bürgernäheren überschaubaren Gemeinschaften stemmen sollten, sind nicht wirksam organisiert und repräsentiert.

2. Das Völkerrecht kann keinen vorbehaltlosen und unbeschränkten Vorrang beanspruchen.

«Lehre und Rechtsprechung stehen in der Schweiz auf dem Boden des Primats des Völkerrechts vor dem Landesrecht. Mit guten Gründen wird dabei aber geltend gemacht, dass es sich hier bloss um einen (ausnahmefreudlichen) Grundsatz handelt und nicht um eine ausnahmslos geltende Regel.» (Daniel Thürer)

Nur zwingendes Völkerrecht hat Vorrang. Der als «zwingend» zu betrachtende Kern ist so klein und so hart wie möglich zu definieren. Die Definition ist nicht Sache der Fachleute des Völkerrechts, sondern als Wertungsfrage Gegenstand der politischen Willensbildung. An der sog. «Fall Schubert»-Rechtsprechung ist unbedingt festzuhalten. Das Prinzip ist in Richtung eines grundsätzlichen Vorrangs des demokratisch legitimierten später erlassenen und spezielleren Gesetzes zu verfestigen.

«Besteht zwischen einem (älteren) Staatsvertrag und einem (jüngeren) Bundesgesetz ein Widerspruch, so ist das Bundesgericht ausnahmsweise an das Bundesgesetz gebunden, wenn der Gesetzgeber beim Erlass des Bundesgesetzes bewusst in Kauf genommen hat, dass das von ihm erlassene Landesrecht dem Völkerrecht widerspricht.» (Anne Peters / Isabella Pagotto). Im konkreten Fall steht es nach Ansicht des Bundesgerichts diesem nicht zu, jenen Gesichtspunkt noch einmal zu überprüfen.

3. Menschenrechte garantierten ursprünglich den Schutz der Freiheit vor Staatseingriffen. Heute tendieren Gerichtshöfe dazu, die gegenüber vielfältigen politischen Anliegen geöffneten Kataloge zu klagbaren Leistungsansprüchen an den Staat umzudeuten.

Menschenrechte bilden keine homogene Einheit. Sie sind heute ein politisches Einfallstor für etatistisches, ökologisches und kollektivistisches Gedankengut. Das gefährdet auch den unverzichtbaren Kerngehalt des Respekts vor der Menschenwürde.

4. Die aussenpolitischen Maximen im Zielviereck Neutralität, Solidarität, Universalität und Disponibilität sind als Alternative zum schrittweisen Integrationsmodell, zum wuchernden Bilateralismus und zum schwammigen, in sich widersprüchlichen Prinzip der aktiven Neutralität wieder zu entdecken und weiterzuentwickeln..

Die Schweiz sollte sich in viel stärkerem Ausmass – auch finanziell und diplomatisch – für die Idee des IKRK engagieren. Es trifft nicht zu, dass die Neutralität des IKRK nichts mit der Neutralität der Schweiz zu tun hat.

5. Die Völkerrechtslehre sollte sich von der Vorstellung lösen, dass die schrittweise Relativierung der Souveränität und die zunehmende Zwangsdurchsetzung des Völkerrechts von oben, d.h. von internationalen Organisationen und Gerichten, einem unausweichlichen und positiv zu bewertenden Trend entsprechen.

Globale politische Strukturen sind anfällig für die Beeinflussung durch organisierte Macht und Sonderinteressen mit politischem, technokratischem, religiösem und ökonomischem Hintergrund. Es ist gefährlich, von einer Weltregierung zu träumen, welche auf globaler Ebene sogenannte «Wirtschaftsmacht» kontrollieren soll. Eine Weltregierung würde höchstens Weltlobbys provozieren, und neue unkontrollierbare Kooperations- und Koalitionsformen begünstigen.

Ähnliches gilt von einem Weltkartellamt oder von einer Welt-Börsenaufsicht. Wer zentralisiert, zentralisiert immer auch die Anfälligkeit für Irrtümer und für mehr oder weniger subtile Formen der Korruption. Jedes Grosssystem wird verletzlich und verliert an Lernfähigkeit, Innovationsfähigkeit, Immunität und Robustheit.

6. Die Gefahren des zunehmenden Stellenwerts internationaler Gerichte sind zu erkennen und zu bannen.

Die internationale Verrechtlichung der Politik führt nicht nur zu einer Politisierung der internationalen Justiz, sondern auch zu einer Aushöhlung nationalstaatlicher Souveränität und zu einer empfindlichen Störung bei der gegenseitigen Machtkontrolle im Rahmen der Gewaltenteilung. Sie steht im Konflikt mit dem traditionellen Staats- und Verfassungsverständnis eines grossen Teils unserer Bevölkerung.

Wenn das Völkerrecht zum Instrument einer internationalen Bürokratie und Expertokratie wird, dessen Weiterentwicklung weitgehend in den Händen internationaler Funktionäre und Gerichte liegt, verliert es zunehmend an Ansehen. Das gefährdet letztlich auch seine Akzeptanz in jenem humanitären und handelspolitisch notwendigen Kernbereich, den es auch aus freiheitlicher Sicht zu bewahren gilt.

Schlussfolgerung: Völkerrecht ja, aber nicht unbegrenzt und nicht im Widerspruch zu unserer historisch gewachsenen, freiheitlichen und demokratisch legitimierten rechtlichen und politischen Grundordnung.

Fadegrad

Born to ride



VON ROLF A. SIEGENTHALER

Seit Donnerstag ist es wieder so weit: Die Augen gestandener Vamilienväter leuchten gleich wie die ihrer Buben. Gestaut wird über die wunderbaren Motorräder an der Swiss-Moto. Draussen herrschen noch gnadenlos Eis, Schnee, Hochnebel und Frost. Drinnen dröhnen die Motoren der Freestyle Biker, die mit rauchenden Reifen Kreise drehen oder virtuos mit einem 300 kg Motorrad auf dem Vorderrad, das Hinterrad in der Luft, durch die Halle balancieren. Die Gedanken gelten Frühling und Sommer. Bald schon können wir wieder über die Asphaltbänder durch Berge und Täler an Orte brausen, die der normale Verkehr auslässt. Die warme Luft strömt um die Nase, die Umwelt wird unmittelbar erlebt. Eine Fahrt in geschlossener Karosse oder auch im Cabrio ist mit den Empfindungen auf einem Motorrad in keiner Weise vergleichbar. Bei der SVP scheint es überdurchschnittlich viele Motorradfreunde zu geben. Jedenfalls waren die Kantonsräte der SVP an der Eröffnung der Swiss-Moto in besonders grosser Zahl anzutreffen. Sozis habe ich keine gesehen und schon gar keine Grünen. Auch von den Offiziellen der Stadt liess sich keiner blicken. Immerhin reden die doch immer von der Wichtigkeit Zürichs als Messestadt. Aber damit sind kaum die 110 Aussteller der Töffbranche gemeint, die ihre über 750 Produkte auf den fünf Ebenen der Messe Zürich ausstellen. Es geht wohl nicht um Kultur? Nun, wer würde Filme wie «Easy Rider» oder «The Wild one» mit dem jungen Marlon Brando nicht als Kultur bezeichnen. Wären sie ohne Motorräder möglich gewesen? Auch wer Audrey Hepburn in «Roman Holiday» nicht vergessen hat, kann die Vespen den 50er- und 60er-Jahre besichtigen und vom sonnigen Süden träumen. Vielleicht fehlen die bildenden Künste? Schon mal ein Custom bike gesehen? Ohne künstlerisches Geschick und Ideen eines Luginbühls würdig, könnten diese Kunstwerke nicht entstehen. Nur wird hier kein Schrott verarbeitet sondern edelste Materialien. Die Phantasie der Air-brush-Meister kennt keine Grenzen. Auch liebevolle Motive kommen zum Zug, nicht nur Totenköpfe – aber wie sagte schon Hamlet, den Schädel in der Hand: «Sein oder Nichtsein ...». Die Faszination der Ungebundenheit ist manchmal stärker als die Vernunft. Sind unsere Stadtväter und –mütter also einfach vernünftiger als die über 60 000 Besucher? Oder geht es um den Umweltschutz, obschon eine ganze Halle voller Elektrobikes steht? Übrigens hätten wir viel weniger Staus, wenn mehr Leute Motorrad führen. Jedenfalls kommen auch die gewerbefreundlichen Stadträtinnen nicht, die Stadtpräsidentin werden wollen. Wir brauchen sie ja jetzt nicht mehr zu wählen. Politik und Töff – wer kommende Saison mit dabei sein will, es gibt einen Motorradclub der SVP (www.mcsvp.ch). Die Freude an der Freiheit findet auch auf der Strasse statt. Am 20.02.09 trifft man sich in der Swiss-Moto – born to ride!

LESERBRIEFE

Frau Calmy-Rey, Gaddafi und die UNO

Im Juli 2008 misshandelte der Sohn des libyschen Diktators Gaddafi zusammen mit seiner Frau in Genf zwei Hausangestellte. Daraufhin wurden die Gaddafis vorübergehend festgenommen. Vater Gaddafi liess aus Rache zwei Schweizer für mehrere Wochen in ein libysches Gefängnis sperren. Bis heute dürfen sie Libyen nicht verlassen. Ihr einziges Vergehen: Sie sind Schweizer! Vor neun Jahren liess Gaddafi fünf bulgarische Krankenschwestern und einen palästinensischen Arzt zum Tode verurteilen. Angeblich hatten sie in libyschen Spitälern vorsätzlich Aids verbreitet. Gegen Zahlung von Lösegeld und technischer Hilfe wurden sie nach acht (!) Jahren Haft begnadigt. Die 47-köpfige UNO-Menschenrechtskommissi-

on blieb in beiden Fällen untätig. Gehören ihr doch 13 Afrikaner an, die zum Teil aus Ländern stammen, welche ihrerseits massiv Menschenrechte verletzen und sich daher gegenseitig schützen. Diese Vorfälle zeigen den fragwürdigen Wert der UNO-Menschenrechtscharta. Unsere umtriebige Bundesrätin will nun Gaddafi mit Lösegeld bzw. mit «Investitionen im libyschen Gesundheits- und Tourismuswesen» besänftigen. Durch den Kniefall vor Gaddafi demonstriert aber unser Land, dass es erpressbar ist. Im Ausland wird dies aufmerksam registriert: neue finanzielle Begehrlichkeiten aus aller Welt gegen die Schweiz sind vorprogrammiert.

Otto Weiersmüller, Uetikon

Nieten in Nadelstreifen

Der Vorschlag von alt Bundesrat Blocher, die Saläre der Manager der beiden Grossbanken auf das Niveau der Führungskräfte von Bahn und Post zu beschränken, kann wärmstens empfohlen werden. Wer zur Elite gehören will, muss aussergewöhnliche Leistungen auch ohne finanzielle Anreize erbringen können. Natürlich darf für gute Arbeit auch ein angemessenes Salär herauspringen, aber Bankmanager, die sich und ihren Wert in erster Linie über die Einkommenshöhe definieren, gehören nicht dazu. Beschämend wird es, wenn Bankmanager, die

den Karren in den Dreck gefahren haben, sich noch nicht einmal mit einer Million Franken im Jahr zufriedengeben. Das Abwandern dieser «Spezies» wäre die eleganteste Art, wie Banken ihre «Nieten» in Nadelstreifen loswerden könnten. Keiner der Manager ist unersetzlich. Es gibt bestimmt auch unter Vertretern des mittleren Managements fähigere Leute, die für weniger Honorar einen engagierten Job machen.

Walter Egli, Zürich

Die Stunde der Wahrheit

Über dem Schlachtfeld des 8. Februar ist die bis dann verschämt zurückgehaltene EU-Fahne aufgezogen worden. Erstaunlich wie jetzt plötzlich offen vom EU-Beitritt gesprochen wird, wo vorher nur vom Erhalt der bilateralen Abkommen die Rede war. Der 8. Februar war ein Freudentag in Bern. Das Spiel der Täuschungen ist einmal mehr aufgegangen. Immer wieder ist uns erklärt worden, die bilateralen Abkommen hätten nichts mit einem EU-Beitritt zu tun. Nun ist es plötzlich anders. Wir müssen erkennen, dass Aussprüche von gewissen Bundesräten wahr sind, als wir es seinerzeit glaubten. Erklärte doch Bundesrat Leuenberger beispielsweise in der «Frankfurter Rundschau» am 2. März 2001: «Je mehr Hürden wir abbauen, desto selbstverständlicher

kann der EU-Beitritt später vollzogen werden. Das ist unsere Strategie. Es geht um einen Prozess der Veränderung.»

Mit der Preisgabe von einem Volksrecht nach dem andern, haben wir uns die Hände binden lassen. Wir haben uns täuschen lassen. Damit muss es jetzt ein Ende haben.

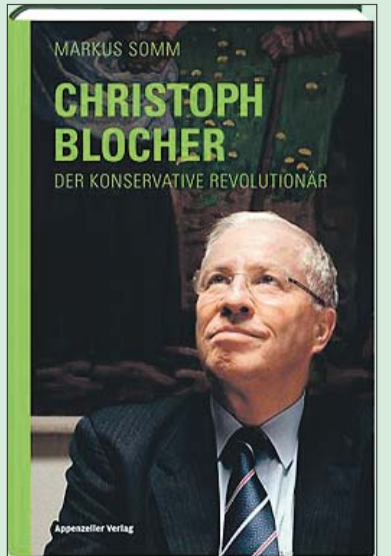
Wenn wir trotz Enttäuschungen und Rückschlägen unbeirrt zu unserer Schweiz und ihren Werten stehen, gibt uns vielleicht die Vorsehung die Chance zu einer unerwarteten Wende. Die gegenwärtige Weltlage ist dazu angeht, uns auf die harte Tour die Augen zu öffnen, sodass wir die Werte unserer Freiheitsrechte erkennen, bevor sie ganz verloren sind.

Rudolf Burger, Burg

BUCHZEICHEN

Christoph Blocher

Ein soeben erschienenes Buch porträtiert jenen Politiker, der die Schweiz in den letzten Jahrzehnten bewegt hat wie kein zweiter.



Christoph Blocher hat – diese Feststellung ist der Ausgangspunkt der neuen, von «Weltwoche»-Redaktor Markus Somm verfassten Biographie des «konservativen Revolutionärs» – 1992 fast im Alleingang den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union verhindert, war doch der EWR bloss Etappe zur EU. Danach konnte Blocher, mit einer von Jahr zu Jahr stärker werdenden SVP im Rücken, weitere, teils gravierende Fehlentwicklungen an der Abstimmungsurne verhindern. Aber – so eine zentrale Feststellung im Buch von Markus Somm – erst 2003, mit der Wahl in den Bundesrat, konnte er tiefgreifende, auf Dauer angelegte Weichenstellungen herbeiführen – zugunsten einer Schweiz, die sich dem europäischen Mainstream entzieht, die als Sonderfall beharrlich ihren eigenständigen, der direkten Demokratie im Kleinstaat verpflichteten Weg geht. Bachers Standpunkt ist Bachers Mission: Die Schweiz ist entweder ein Sonderfall mit eigenem Charakter und eigenständiger Politik – oder sie wird aufgesogen vom Gleichschaltungsprogramm Brüssels.

Jene «konservative Revolution», welche Christoph Blocher – wenn auch unter völlig anderen äusseren Bedingungen – im gleichen Sinn wie im Weltkrieg General Henri Guisan umzusetzen vermochte, wurde mit der durch Intrige und Verrat herbeigeführten Abwahl Bachers als Bundesrat 2007 jäh gestoppt. Damit sei zwar Bachers prägendes Wirken in der Landesregierung, nicht aber seine Mission beendet.

Diese Mission sieht der Autor allerdings bedroht. Weil zu viele – auch solche, die dem EU-Beitritt nie zustimmen würden – den schleichenden Substanzverlust nicht zu erkennen vermöchten, der – auch

durch bilaterale Vereinbarungen – die Eigenständigkeit der Schweiz aushöhlt. Diese in vermeintlich sanften Schritten erfolgende Angleichung der Schweiz an Brüssel beurteilt Markus Somm als schwerste Bedrohung des politischen Lebenswerks von Christoph Blocher. Das neue Buch präsentiert also nicht einfach eine Biographie. Es dokumentiert vielmehr eine brennend aktuelle Auseinandersetzung, deren Ausgang aus Sicht des Autors noch offen ist. Mit der Frage im Mittelpunkt: Kann der freiheitliche, direkt-demokratische Sonderfall Schweiz überleben?

Markus Somm: «Christoph Blocher – der konservative Revolutionär». Appenzeller Verlag, Herisau 2009, 480 Seiten, gebunden, illustriert, Fr. 48.–.

Im Büchershop der Schweizerzeit zu beziehen: www.schweizerzeit.ch/politbuch.htm

Ein Inserat im

Der Zürcher Bote

Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78, inserate@zuercher-bote.ch

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen!

Öffnungszeiten: Mo-Fr 8.00-12.00 Uhr/13.30-18.30 Uhr, Sa 8.00-12.00 Uhr oder nach telefonischer Vereinbarung

In Top moderner Werkstatt • Preis für: LKW, PKW, Landwirtschaftsmaschinen, Motorräder, LKW-Neuummierungen • All- + Stahlfelgen • Radwaschmaschine

Otto Schaufelberger Hinwil
Fabrikstr. 3, Tel. 044 937 43 91

Personal- und Arbeitskräfte (alles Landwirte) für

Die Profis vom Land

- Gewerbe
- Bau
- Industrie
- Gartenbau

tage- oder wochenweise, Temporäreinsatz

► Tel. 055 251 41 41 ► info@mrzo.ch

Maschinenring

Packen Sie Verbesserungen aktiv an!

- Eheberatungen
- Generationenkonflikte
- Zusammenarbeit – z.B. in Vorständen

www.cornelrimle.ch
cornel.rimle@bluewin.ch
Tel./Fax 071 298 30 07

Schreiner-Montagen und Reparaturen

Hanspeter Marti
8153 Rümlang
079 680 37 35
Fax 044 817 03 24

Bank-Auszüge Jahresende 2008

Miese Finanzberatung? Ärgern Sie sich?

Unabhängiger, selbständiger Vermögens-Berater analysiert Ihre Positionen.

- ✓ Ich berate Sie unabhängig, ohne gegensätzliche Interessen zwischen Bank und Kunde
- ✓ Als Kunde bleiben Sie immer Eigentümer Ihres Vermögens
- ✓ Seit über 30 Jahren betreue ich Privatkunden
- ✓ Ich bürge für absolute Diskretion
- ✓ Das Erstgespräch mit Ihnen ist kostenlos

Rolf R. Zimmermann
Anlageberatung und Vermögensverwaltung

Chapfstrasse 103b, 8126 Zumikon
Rufen Sie mich an: Natel: 079 402 72 72, Telefon: 044 918 18 08 oder 044 252 90 19

Ein neu erforschtes Naturheilverfahren in der Homöopathie ohne Medikamente

Keine Angst vor sogenannten unheilbar-chronischen Krankheiten!

Der Mensch ist ein Energiekörper und kein Chemie- und Bestrahlungskörper!

Wir beraten Sie und helfen Ihnen über eine neue, bisher unbekannt, aber um so wirksamere Art einer Therapie.

**Berater: Hardy und Christa Burbaum, Dorfstrasse 63
8805 Richterswil, Telefon und Anrufbeantworter 044 687 50 25**



Volksinitiative «Für einen wettbewerbsfähigen Kanton Zürich»

Jetzt unterschreiben!

Die Volksinitiative «Für einen wettbewerbsfähigen Kanton Zürich» verlangt, dass die viel zu hohe Vermögenssteuer im Kanton Zürich auf die Hälfte reduziert wird.

Kantonale Volksinitiative

«Für einen wettbewerbsfähigen Kanton Zürich»

im Amtsblatt des Kantons Zürich veröffentlicht am 26. September 2008

Die unterzeichnenden, im Kanton Zürich wohnhaften Stimmberechtigten stellen gestützt auf Art. 23 ff. der Kantonsverfassung vom 27.02.2005 sowie das Gesetz über die politischen Rechte (GPR) und die zugehörige Verordnung in der Form des ausgearbeiteten Entwurfs folgendes Begehren: (Begründung auf Rückseite)

Das Steuergesetz des Kantons Zürich wird wie folgt geändert:

§ 47 Die Vermögenssteuer beträgt (Grundtarif):

0 Promille	für die ersten	Fr. 71 000	1 Promille	für die weiteren	Fr. 853 000
¼ Promille	für die weiteren	Fr. 213 000	1¼ Promille	für die weiteren	Fr. 851 000
½ Promille	für die weiteren	Fr. 356 000	1½ Promille	für Anteile über	Fr. 2 911 000
¾ Promille	für die weiteren	Fr. 567 000			

Für Ehegatten, die in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe leben, sowie für verwitwete, gerichtlich oder tatsächlich getrennt lebende, geschiedene und ledige Steuerpflichtige, die mit Kindern im Sinne von § 34 Abs. 1 lit. a zusammenleben, beträgt die Vermögenssteuer (Verheiratetentarif):

0 Promille	für die ersten	Fr. 142 000	1 Promille	für die weiteren	Fr. 853 000
¼ Promille	für die weiteren	Fr. 213 000	1¼ Promille	für die weiteren	Fr. 852 000
½ Promille	für die weiteren	Fr. 355 000	1½ Promille	für Anteile über	Fr. 2 982 000
¾ Promille	für die weiteren	Fr. 567 000			

Diese Unterschriftenliste darf nur von Stimmberechtigten mit politischem Wohnsitz in der nachstehenden Gemeinde unterzeichnet werden und ist handschriftlich auszufüllen.

Postleitzahl: _____ **Politische Gemeinde:** _____

Name und Vornamen <small>(handschriftlich, Blockschrift)</small>	Geb.- jahr	Strasse, Hausnummer	Unterschrift <small>(eigenhändig)</small>	Ktr.
1.				
2.				
3.				
4.				
5.				
6.				

Wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung fälscht oder wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt, macht sich strafbar nach Art. 281 bzw. 282 des Schweizerischen Strafgesetzbuches.

Initiativkomitee:

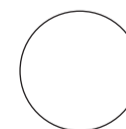
Heer Alfred, General Wille-Str. 12, 8002 Zürich; **Egloff Hans**, Brunnenzelgstr. 8, 8904 Aesch; **Gubler Robert**, Meilibachweg 7b, 8810 Horgen; **Leiser Albert**, Untermoosstr. 27, 8047 Zürich; **Steinmann Christian**, Wiesenstr. 49, 8700 Küsnacht; **Suter Arnold**, Kreuzstr. 25A, 8802 Kilchberg.

Das Initiativkomitee kann diese Volksinitiative mit einer von der Mehrheit seiner Mitglieder unterzeichneten schriftlichen Erklärung bis zur Anordnung der Volksabstimmung vorbehaltlos zurückziehen.

Die/der zuständige Stimmregisterführerin/Stimmregisterführer bescheinigt hiermit, dass obenstehende (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner im Kanton Zürich stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

.....
(Ort und Datum)

.....
(Unterschrift und Amtsstempel)



Bitte teilweise oder ganz ausgefüllte Bögen sofort zurücksenden an:

Bund der Steuerzahler, Tramstrasse 10, 8050 Zürich



Abonnieren Sie gratis unseren

Newsletter

unter www.svp-zuerich.ch

Für Inserate

Tel. 044 722 77 76
Fax 044 720 10 78

inserate@zuercher-bote.ch

MEDIENMITTEILUNG

Untersuchung im «Fall Stettbach»

ZB. Die vorläufig präsentierten Resultate sind keine Überraschung. Einmal mehr haben Medienschaffende, und hier überwiegend ausländische, eine Geschichte einer offensichtlich kranken Frau zu einem Skandal emporstilisiert. Dabei haben sie Aussagen als Fakten präsentiert, welche nicht stimmen. Insbesondere ist auch die Rolle des Freundes der betroffenen Frau zu hinterfragen, welcher folgende Aussagen gemacht hat:

«20 Minuten online» will mit dem 39-jährigen Schweizer Freund des Opfers gesprochen haben. «Ihr Gesundheitszustand ist stabil, es geht ihr aber nicht gut», zitiert das Nachrichtenportal den Investment-Berater. Seine Freundin brauche nun viel Zeit, den ganzen Vorfall zu verarbeiten. Zweifel an der Darstellung des Angriffs seien nicht angebracht. «Alles ist zu hundert Prozent wahr, und sie hat einen tiefen

Schock erlitten», sagt der Freund. Kritik an der Polizei üben will er dennoch nicht. Nur so viel: «Wir haben mit der Polizei viel durchgemacht in den letzten Tagen.»

Quelle: TA-online

SVP fordert vollumfängliche Aufklärung

Die SVP des Kantons Zürich erwartet von den Strafuntersuchungsbehörden die vollumfängliche Aufklärung dieses Falles. Insbesondere ist zu prüfen, ob gegen verschiedene Personen Verfahren wegen Irreführung der Rechtspflege einzuleiten sind. Zudem erwartet die SVP, dass die Kosten für die umfangreichen Untersuchungen der brasilianischen Frau respektive den allenfalls mitinvolvierten Personen auferlegt werden. Zudem hat das Migrationsamt des Kantons Zürich nach Abschluss des Verfahrens zu prüfen, ob

die Aufenthaltsbewilligung entzogen werden kann. Der Schaden, welcher der Schweiz durch die ungerechtfertigten Anschuldigungen entstanden ist, rechtfertigt ein solches Vorgehen.

Die SVP des Kantons Zürich dankt dem Institut für Rechtsmedizin sowie der Stadtpolizei für die Untersuchung im Falle Stettbach.

Die Staatsanwaltschaft Zürich-Sihl ist einer Forderung der SVP des Kantons Zürich nachgekommen und hat am 17. Februar 2009 gegen die 26-jährige Brasilianerin ein Strafverfahren wegen Verdachts der Irreführung der Rechtspflege im Sinne von Art. 304 des Schweizerischen Strafgesetzbuchs eröffnet.

EIN SVP-MITGLIED STELLT SICH VOR

Beatrice Morger-Rupp



Alter: 47 Jahre
Beruf: Prokuristin im Rechtsdienst einer Grossbank
Gemeinde: Wallisellen

Seit wann sind Sie Mitglied bei der SVP und warum sind Sie beigetreten?

Im Jahr 2003, als mein Ehemann Präsident der SVP Wallisellen wurde, bin ich der Sektion beigetreten. Die Gründe für den Beitritt und die sofortige Mitarbeit im Vorstand waren und sind noch heute, dass ich schon immer grosses Interesse für Politik auf eidgenössischer, kantonaler und kommunaler Ebene hatte und mich gerne gesellschaftspolitisch engagiere. Ich möchte aktiv mitbestimmen und mein Wissen sowie die Möglichkeiten stetig erweitern und so meine Kenntnisse und Erfahrungen aus Wirtschaft, Politik und Armee noch besser vernetzen. Letztlich will ich auch meinen Mann in seiner Funktion unterstützen.

Wie engagieren Sie sich innerhalb der Partei?

Ich bin Vorstandsmitglied der SVP Wallisellen, Aktuarin Rechnungsprüfungskommission (RPK) Wallisellen, Mitglied RPK reformierte Kirchgemeinde Wallisellen, Aktuarin RPK Wasserversorgung Lattenbuck und Kantonale Geschworene. Als Milizoffizier (Oberstlt RKD, Of Rotkreuzdienst im Stab der Territorialregion 2) bringe ich mein Wissen in und für die Politik ein. Ich bin ChefIn des Organisations-Komitee Walliseller Chlaus-Sunntig, welcher unter dem Patronat der SVP Wallisellen durchgeführt wird (Bilder: www.svp-wallisellen.ch). Die Mitgliedschaften in der Zürcher Frauenzentrale und im Walliseller Frauennetz gehören ebenfalls zu meinem Engagement.

Was wünschen Sie sich für die Schweiz?

Dass wir uns unsere Freiheit, unsere Neutralität und Unabhängigkeit bewahren. Weniger Gesetze und Regularien für unser Land, die Unternehmen und die Bevölkerung. Mehr Sicherheit für alle.

Welcher Politiker ist Ihr Vorbild und warum?

Personen, welche ehrlich, uneigennützig, gradlinig, ausdauernd, auf Nachhaltigkeit bedacht und sachbezogen politisieren, beeindruckt mich. Eigenschaften wie Respekt, Anstand, Neugier, Offenheit, Eigenverantwortung und vernetztes Denken sind aus meiner Sicht Grundvoraussetzungen für eine Vorbildfunktion.

Was sind Ihre nächsten persönlichen Projekte?

Umbau unserer Liegenschaft, Weiterführung der politischen Mandate, Stabskurse und Einsätze in meiner Funktion als Milizoffizier, Ausbildungs- und Weiterbildungseinsätze im Rotkreuzdienst, Übernahme eines Vorstandschafts- oder Beistandschaftsmandates, Organisation Walliseller Chlaus-Sunntig 2009, Kandidatur an den nächsten Kantonsratswahlen und last but not least: gesund bleiben und weiterhin mit Freude der Arbeit nachgehen.

Für einen wettbewerbsfähigen Kanton Zürich

Die Volksinitiative «Für einen wettbewerbsfähigen Kanton Zürich» verlangt, dass die Vermögenssteuer im Kanton Zürich, die heute viel zu hoch ist, auf die Hälfte reduziert wird. Dies sind die Gründe für die Initiative:

Der Kanton Zürich muss wieder konkurrenzfähig werden

Mit seiner heutigen, viel zu hohen Vermögenssteuer ist der Kanton Zürich als Steuerstandort nicht mehr konkurrenzfähig. Gute Steuerzahler verlassen den Kanton, neue ziehen nicht in genügender Zahl zu. Dies führt zu einem Verlust von Steuereinnahmen.

Dank der Halbierung der Vermögenssteuer wird der Kanton Zürich wieder konkurrenzfähig.

Durch die zu hohe Vermögenssteuer gehen dem Kanton Zürich Investitionen verloren

Wenn wegen der zu hohen Vermögenssteuer nicht genügend gute Steuerzahler zuziehen und sogar Steuerzahler den Kanton verlassen, so führt dies zu einem Verlust von Investitionen. Fehlende Investitionen bedeuten weniger Arbeitsplätze, weniger Einkommen und weniger Wohlstand.

Die Halbierung der Vermögenssteuer führt im Kanton Zürich zu mehr Investitionen und mehr Wohlstand.

Die Halbierung der Vermögenssteuer ist verkraftbar und nützt allen

Die kurzfristigen Steuerausfälle bei einer Halbierung der Vermögenssteuer sind verkraftbar. Längerfristig führt die gesenkte Vermögenssteuer aber zu einem vermehrten Zuzug guter Steuerzahler und damit zu einer deutlichen Erhöhung der Steuereinnahmen. Davon profitieren alle.

Dank der Halbierung der Vermögenssteuer gibt es für den Kanton Zürich längerfristig mehr Steuereinnahmen.

Bitte diesen Bogen möglichst rasch einsenden an:

**Bund der Steuerzahler
Tramstrasse 10
8050 Zürich**

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher



Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagmorgen ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRAATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion

Montag, 23. Februar 2009, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Schmiden.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach

Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf

Jeweils am ersten Montag im Monat, ab 20.00 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Horgen / Oberrieden

Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Horgen / Rüslikon

Der Barometer findet jeweils am ersten Donnerstag im Monat von 17.30 bis 19.00 Uhr, Restaurant «Tracht», statt.

Bezirk Meilen / Männedorf

Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Illnau-Effretikon

Jeden ersten Montag im Monat, 18.30 bis 20.00 Uhr, Restaurant Rössli, Illnau, U30-Stamm (Jahrgang 1977 und jünger).

Jeden Gemeinderatsdonnerstag, 17.00 bis 19.00 Uhr, Donnerstagsapéro, QN-Bar, Effretikon.

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen

Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschtwil.

Bezirk Uster / Uster

Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Uster / Volketswil

Jeweils am ersten Donnerstag im Monat, ab 18.00 Uhr, Restaurant Wallberg, Volketswil, am «Runden Tisch».

Bezirk Winterthur / Altstadt, Mattenbach, Veltheim und Töss

Jeweils am letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, in der Café Bar Lifestyle, Schaffhauserstrasse 64, Winterthur.

Bezirk Winterthur / Elgg

Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Eintracht, Elgg.

Bezirk Winterthur / Seuzach

Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Bernergüetli, Seuzach.

Stadt Winterthur / Seen

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen

Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 6

Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 7

Jeden letzten Donnerstag im Monat (ohne Juli und Dezember), ab 17.30 bis 18.30 Uhr, Restaurant Burgwies, Forchstrasse 271, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Ziegelhütte (Ende Hüttenkopfstrasse, Zürich).

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis

Montag, 9. März 2009, 20.00 Uhr, Albishorn, Bergrestaurant, Generalversammlung mit Fondueplausch.

Montag, 20. April 2009, 20.00 Uhr, Restaurant Schöneegg, Stammtisch.

Bezirk Dietikon / Dietikon

Montag, 9. März 2009, 19.30 Uhr, Restaurant Honeret, Dietikon, 74. Generalversammlung. Traditionsgemäss wird anschliessend ein Imbiss offeriert.

Bezirk Meilen / Meilen

Donnerstag, 26. Februar 2009, 19.30 Uhr, Restaurant «zur alten Sonne», Obermeilen, 90. Generalversammlung.

Bezirk Winterthur und Winterthur Stadt

Sonntag, 29. März 2009, 10.00–15.00 Uhr, in den Treibhäusern auf dem Betriebsareal der **Christian Achermann AG**, Rümikerstrasse 37, Winterthur Hegi (vis-à-vis Media-Markt), Jazz-Matinee 2009. Es spielt für Sie die «Lake City Stompers Old Time Jazz Band». Eintritt frei. Festwirtschaft. Anwesend ist die Prominenz aus Politik und Wirtschaft.

SVP-FRAUEN

Frauengruppe SVP Stadt Zürich

Dienstag, 21. April 2009, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 3. September 2009, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Montag, 2. November 2009, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Dienstag, 26. Januar 2010, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

SVP-Frauen Kanton Zürich

Donnerstag, 12. März 2009, 19.30 Uhr, (Türöffnung 19.00 Uhr), Hotel Banana City, Schaffhauserstrasse 8, Winterthur, Nähe Hauptbahnhof Winterthur (Rückseite), Konferenzraum 1 (5. OG/Lift), SVP-Frauen Kanton Zürich/SVP-Frauen Winterthur, zusammen mit **SIFA – Sicherheit für alle** (<http://www.sifa-schweiz.ch>, <http://svpfrauen.ch>), öffentliche Veranstaltung zum Thema «Besondere Mittel der Kantonspolizei Zürich». Referent: Rainer Lanker, Instruktor Sicherheitsdienst. Im Anschluss sind alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu einem Apéro eingeladen.

Montag, 11. Mai 2009, 19.00 Uhr, Restaurant Krone, Seestrasse 117, Uetikon am See, Themenabend mit der Verkehrskommission der SVP des Kantons Zürich.

19.00 Uhr Türöffnung.

19.30 Uhr Vorstellung der Verkehrskommission der SVP des Kantons Zürich, Hans-Peter Amrein, Präsident Verkehrskommission.

19.40 Uhr Kurzvortrag «Gesetzliche Grundlagen bei Verkehrsprojekten», Hans-Peter Amrein, Präsident Verkehrskommission. Anschliessend Fragerunde.

20.10 Uhr Kurzvortrag «Flughafenpolitik im Kanton Zürich», Kantonsrat Lorenz Habicher. Anschliessend Fragerunde.

Im Anschluss sind alle Teilnehmer und Gäste zu einem Apéro eingeladen. SVP-Mitglieder, Sympathisanten und Parteifreunde sind herzlich willkommen!

Organisation: SVP-Frauen Kanton Zürich zusammen mit SVP-Frauen Bezirk Meilen und Verkehrskommission der SVP des Kantons Zürich.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

SVP Schweiz – Zukunftsseminare Junge vor!

Samstag, 14. März 2009, 11.00–16.00 Uhr, Landgasthof Sonne «Haus der Freiheit», Wintersberg, Ebnet-Kappel (www.hausderfreiheit.ch), Zukunftsseminare mit Parteipräsident und Nationalrat Toni Brunner sowie Fachreferenten. Zielgruppe: 16- bis 26-jährige Jugendliche. Thema: «Der Weg der Schweiz in Europa».

Weitere Daten:

- Samstag, 4. April 2009: «Die Zukunft unserer Sozialwerke».
- Samstag, 25. Juli 2009: «Bildungsstandort Schweiz».
- Samstag, 12. September 2009: «Herausforderung Migration».
- Samstag, 19. September 2009: «Wieviel Staat wollen wir?».
- Samstag, 7. November 2009: «Welche Landwirtschaft für die Schweiz?».

Teilnehmerzahl pro Anlass beschränkt. Die Seminare sind gratis, Mittagessen und Getränke gehen zu Lasten der Teilnehmer. Anmeldung bei Marcia Cerantola, Telefon 031 300 58 56 oder E-Mail: cerantola@svp.ch.

MOTORRAD-CLUB SVP

Generalversammlung

Freitag, 17. April 2009, 19.45 Uhr (Apéro 19.15 Uhr), Restaurant Ziegelhütte, Hüttenkopfstrasse 70, Zürich-Schwamendingen, ordentliche Generalversammlung.

Höcks

Dienstag, 12. Mai 2009, 19.30 Uhr, **1. Höck**, Schwyzerhüsli Wührenbach, Horgenberg.

Donnerstag, 4. Juni 2009, 19.30 Uhr, **2. Höck**, Restaurant Eichmühle, Hettlingen.

Dienstag, 14. Juli 2009, 19.30 Uhr, **3. Höck**, bei Familie Balsiger, Niederhasli.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660-6701

Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,4% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Christoph Bähler (ba.), Daniela Vas (vs.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Mitarbeiter:
Claudio Zanetti (zac.), Hans Fehr (fe.)

Redaktion:
«Zürcher Bauer»
Nüscherstrasse 35, 8001 Zürich
Tel. 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32
bauernverband@zbv.ch, PC 80-1718-7

Inseraten-Annahme:
«Zürcher Bote», Inserate
Seestrasse 95, 8800 Thalwil
Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
E-Mail: inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Mittwoch 15.00 Uhr
Insertionspreis 89 Rp. die einspaltige Millimeterzeile, Gelegenheitsinserate 1-spaltig bis 35 mm Fr. 30.–
+7,6% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

Donnerstag, 6. August 2009, 19.30 Uhr, **4. Höck**, Restaurant Gyrenbad, Turbenthal.

Jahresschlusstreffen
Freitag, 2. Oktober 2009, Waldhüttenfest.

Treffen des MC SVP
Freitag, 20. Februar 2009, 19.30 Uhr, Zürich-Oerlikon, Thurgauerstrasse 40, Bruno's Airgate, gemeinsames Nachtessen. Vorab individuelle Besichtigung der Zweirad-Swiss-Moto-Ausstellung in der Zürich Messe beim Hallenstadion.



Einladung zur sicherheitspolitischen Veranstaltung: «Besondere Mittel der Kantonspolizei Zürich»

Winterthur: Donnerstag, 12. März 2009

19.00 Uhr Türöffnung

19.30 Uhr Beginn

Hotel Banana City **** www.bananacity.ch

Konferenzraum 1, Schaffhauserstrasse 8, Winterthur

Besondere Mittel der Kantonspolizei Zürich

Referent: Rainer Lanker, Instruktor Sicherheitsdienst

Im Anschluss sind alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu einem Apéro eingeladen!

- Die Veranstaltung ist öffentlich
- Nähe Hauptbahnhof Winterthur
- Parkplätze vorhanden

Sie sind herzlich willkommen!

Organisation: «Sifa – Sicherheit für alle»
Geschäftsführer Nationalrat Dr. Ulrich Schlüer zusammen mit den SVP-Frauen Kanton Zürich / Bezirk Winterthur

Kontakt: Jacqueline Hofer, info@jhofer.ch,
www.svpfrauen.ch · www.sifa-schweiz.ch



SVP Frauen Kanton Zürich



Einladung zur 74. Generalversammlung

Montag, 9. März 2009, 19.30 Uhr, im Restaurant Honeret

Traditionsgemäss offeriert die SVP anschliessend einen Imbiss.

Der Vorstand freut sich auf Ihre Teilnahme.